

Ipod- ArbeiterInnen müssen weiter auf bessere Arbeitsbedingungen warten, Foxconn verklagt kritische Journalisten

Der Apple Zulieferer Foxconn verklagt zwei chinesische Journalisten wegen Kritik an miserablen Arbeitsbedingungen in iPod-Sweatshop. Wegen angeblicher Diffamierung des Unternehmens wurde gegen zwei Journalisten der Zeitung *China Business News* eine Klage über 3,75 Millionen US\$ eingereicht, ein Gericht in Shenzhen fror daraufhin die persönlichen Konten der Journalisten ein. Mit diesem Angriff auf die Pressefreiheit versucht sich Foxconn seiner KritikerInnen zu entledigen, die über die unmenschlichen und illegalen Arbeitsbedingungen in der iPod-Fabrik Longhua (WEED berichtete, vgl. www.pcglobal.org, Sarah Bormann: Think different, pressure Apple) berichteten. In Folge zahlreicher Berichte über die Sweatshop-Bedingungen für die über 200.000 Beschäftigten bei Foxconn, die Löhne unterhalb des Existenzminimums erhalten und bis zu 15 Stunden am Tag arbeiten, war das Unternehmen in den letzten Monaten auch unter verstärktem Druck von Apple geraten.

Das Vorgehen Foxconns gegen unliebsame Kritiker löste in den chinesischen und internationalen Medien scharfe Proteste aus. So verurteilte die Organisation *Reporter ohne Grenzen* Foxconns Verhalten und forderte Apple in einem Protestschreiben auf, sich für die beiden Journalisten einzusetzen. Das Vermögen der Journalisten solle wieder frei gegeben und das Verfahren gegen sie fallengelassen werden, so die Forderung. Die Klage von Foxconn gegen Journalisten gilt als einer der größten Klagefälle wegen angeblicher Diffamierung gegen Journalisten in China – und als Angriff auf die eh schon stark eingeschränkte Presse- und Meinungsfreiheit in China.

Die Proteste zeigten Wirkung: Apple kündigte an, hinter den Kulissen seinen Einfluss geltend zu machen - offensichtlich mit Erfolg. Am 31.8. – einen Tag nach dem Protest von *Reporter ohne Grenzen* – senkte Foxconn die Klagesumme auf symbolische zehn Cent, die Konten der Journalisten wurden frei gegeben – an der Klage gegen seine Kritiker hält Foxconn dennoch fest. Das mutet absurd an, denn in Folge der Berichterstattung über die Arbeitsbedingungen in der iPod-Produktion hatte Apple selbst im Rahmen eigener Untersuchungen die Richtigkeit eines Teils der Vorwürfe bestätigt:

nämlich zu lange Arbeitszeiten, die gegen den unternehmenseigenen Verhaltenskodex für Zulieferer verstoßen und gesetzeswidrig niedrige Löhne unter dem Existenzminimum! Mit Untersuchungen der Vorwürfe und Druck auf seinen Zulieferer, die Standards von Apples Code of Conduct einzuhalten, will Apple dem internationalen Druck begegnen und sein sauberes Image zu retten versuchen. Apple beschränkt sich dabei jedoch weitgehend auf Appelle, Ermahnungen und Untersuchungen. Weder droht Apple damit Foxconn die Aufträge zu entziehen, wenn sich an den festgestellten Arbeitsbedingungen nichts ändert, noch berücksichtigt es die eigene Verantwortung für die Bedingungen bei Foxconn und anderen Zulieferern..

Wäre es Apple wirklich ernst mit besseren Arbeitsbedingungen in den Fabriken seiner Kontraktfertiger in China, müsste es die Produktionskosten für iPods erhöhen und den Druck zu Kostensenkungen, der sich in Niedriglöhnen und den inhumanen Bedingungen in den Sweatshops niederschlägt, verringern. Bisher ist davon bei Apple jedoch keine Rede.

Die Reaktion der chinesischen Regierung

Mittlerweile hat auch die chinesische Regierung den Fall Foxconn aufgegriffen und das Unternehmen dazu aufgefordert, eine Vertretung der staatlichen Gewerkschaft in seinen Fabriken zuzulassen. Das ist insofern bemerkenswert, als der staatliche Gewerkschaftsbund ACFTU in der Regel in den Exportfabriken privater, meist ausländischer Unternehmen nicht vertreten ist, weil die Einhaltung der Gesetze kaum kontrolliert und nicht durchgesetzt wird. Unabhängige Gewerkschaften sind in China verboten.

Ob die Vertretung durch die staatsnahe Gewerkschaft für die Beschäftigten bei Foxconn zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen führt und einen ersten Schritt zur Vertretung ihrer Interessen darstellt oder nur auf dem Papier Folgen hat, bleibt abzuwarten. Denn die staatsnahe Gewerkschaft ACFTU zeichnet sich in den Betrieben eher durch eine Verbindung mit dem Management aus. Trotzdem stellt die Aufforderung der chinesischen Regierung auch ein Signal an die Unternehmen dar, dass sie sich an das geltende chinesische Arbeitsrecht halten müssen.- Erst vor einigen Monaten war mit

Walmart erstmals ein ausländischer Konzern dazu verpflichtet worden, eine staatliche Gewerkschaftsvertretung in seinen Filialen zu erlauben nachdem der Chinesische Gewerkschaftsbund massiven Druck ausgeübt hatte. Die Durchsetzung einer gewerkschaftlichen Vertretung auf Betriebsebene ist bei Walmart auch auf die Organisationsprozesse unter den Beschäftigten zurückzuführen. Auch hier wird sich in den nächsten Monaten zeigen, ob die zukünftige Betriebsgewerkschaft zu einer wirklichen Interessensvertretung und Organisation der Beschäftigten beitragen kann oder dem Management und lokalen Parteigliedern untergeordnet bleibt. Die Beispiele Walmart und Foxconn zeigen jedoch, dass Bewegung in die Frage von Organisation der Beschäftigten in China kommt und es durchaus Sinn macht, den bisher staatstragenden Gewerkschaftsbund ACFTU dabei nicht per se als letztlich gegen die Interessen der Beschäftigten handelnd abzuschreiben.

Weiterer Druck auf Apple und chinesische Regierung erforderlich

Foxconn und Apple haben eine verstärkte Aufmerksamkeit von KonsumentInnen, internationaler Öffentlichkeit und chinesischen BürgerInnen und Medien zu spüren bekommen, diese reicht aber noch nicht aus, um die Bedingungen in den iPod-Sweatshops zu verbessern. Die Politik der chinesischen Regierung lockt durch eine fehlende Durchsetzung des Arbeitsrechts ausländische Investoren an und will das als maßgeblichen Standortfaktor Chinas beibehalten, gleichzeitig muss sie sich mit den negativen Folgen dieser Politik, den Sweatshop-Bedingungen und einer Kritik daran, auseinandersetzen. Genau an diesem Widerspruch können öffentliche Kampagnen ansetzen, die Druck auf die chinesische Regierung und die multinationalen Konzerne ausüben wollen.

Die chinesische Regierung muss langfristig dazu bewegt werden, unabhängige Organisation und Interessensvertretung der Beschäftigten zu fördern statt zu verhindern und die Einhaltung des Arbeitsrechts in den Exportfabriken wirklich zu kontrollieren und durchzusetzen. Markenunternehmen wie Apple müssen zu einer Veränderung ihrer Unternehmenspolitik, die ihre Kosten und ökonomischen Druck nach ‚unten‘ in der Wertschöpfungskette (an Zulieferer und v.a. Beschäftigte) auslagern, gezwungen werden.

Erst eine verstärkte internationale Kontrolle und Einschränkung von Unternehmensmacht in den globalen Wertschöpfungsketten kann zu einer nachhaltigen Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den High-Tech-Sweatshops von Unternehmen wie Foxconn führen.

Bis dahin wird weiterer Druck auf Apple und auf die chinesische Regierung erforderlich sein. Denn bislang hat sich in iPod-City nicht viel getan. Immer noch müssen die ArbeiterInnen auf menschenwürdige Arbeitsbedingungen warten und die Durchsetzung ihrer Rechte warten.

Autor: Florian Becker, freier Mitarbeiter im Projekt PC global